

Chronologie

Januar / Februar 2008*

Januar

1.1. Zum ersten Januar 2008 treten mehrere neue Gesetze in Kraft, darunter ein Gesetz über Maßnahmen im Fall eines Streiks im öffentlichen Dienst. Es schreibt beispielsweise eine rechtzeitige Information der Öffentlichkeit vor. Ein Mindestdienst im Streikfall, wie ihn Staatspräsident Nicolas Sarkozy im Wahlkampf gefordert hatte, wird allerdings durch das Gesetz nicht garantiert. Auch das Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen, darunter in der Gastronomie, wird bindend.

3.1. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal kündigt an, nach dem Ende der Amtszeit des gegenwärtigen Ersten Sekretärs des Parti Socialiste (PS), François Hollande, für den Führungsposten der Partei kandidieren zu wollen. Als möglicher Gegenkandidat gilt der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë.

3.1. Zu Beginn des Jahres 2008 findet erstmalig die von Staatspräsident Sarkozy im Wahlkampf angekündigte Evaluation der Arbeit der einzelnen Minister statt, die künftig einmal pro Quartal wiederholt werden soll. Premierminister François Fillon empfängt hierzu jeden Minister persönlich, um ihn mit den Ergebnissen der Bewertung zu konfrontieren. Die Kriterien der Evaluation waren gemeinsam mit der privaten Beratungsfirma Mars & Co. erarbeitet worden. Premierminister Fillon tritt zugleich Gerüchten über geplante Umbildungen im Kabinett in unmittelbarer Reaktion auf die Evaluationsergebnisse entgegen.

8.1. Auf der ersten Pressekonferenz des Jahres äußert sich Staatspräsident Sarkozy vor 600 Journalisten über die Ziele seiner künftigen Politik. Im Mittelpunkt stün-

den im Jahr 2008 die begonnenen institutionellen und wirtschaftlichen Reformen, darunter eine Initiative zur Verstärkung der Kaufkraft, Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Immigration sowie eine Stärkung der Rolle der *Caisse des dépôts* im Kampf gegen Spekulationsfonds. Außerdem bereite er eine Initiative zum Verbot von Werbung in den öffentlichen Fernsehsendern vor. Im Hinblick auf die EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs im zweiten Halbjahr 2008 kündigt Sarkozy an, sich für eine „Politik der Zivilisation“ und gegen eine unverhältnismäßige Bürokratisierung der EU einzusetzen. Im Vordergrund europäischer Politik müssten der Schutz der Bevölkerung und eine „Moralisierung des Kapitalismus“ stehen.

9.1. Im Mittelpunkt eines spanisch-französischen Gipfeltreffens in Paris zwischen Staatspräsident Sarkozy und dem spanischen Ministerpräsidenten Jose-Luis Zapatero stehen neben Energiefragen vor allem die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Terrorismus. Auch das Thema Mittelmeerunion steht auf der Tagesordnung. Zapatero hatte im Dezember seine Unterstützung für das französische Projekt angekündigt.

11.1. Vertreter von Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften erzielen in der Debatte über eine Reform des Arbeitsmarktes eine Einigung. Im Mittelpunkt des Modernisierungsplans steht das Prinzip der „Flexecurity“. Das Konzept beinhaltet unter anderem die Möglichkeit einer Befristung von Arbeitsverträgen auf drei Jahre sowie einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses „im Einvernehmen“ zwischen Arbeitgeber und -nehmer gegen eine Abfindungszahlung. Auch eine Verlängerung der Probezeit ist vorgesehen. Die Gewerkschaft CGT kündigt Protest gegen die Reform an.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

12.1. Auf einem Parteitag der Regierungspartei UMP, der den Auftakt des Wahlkampfs für die Kommunalwahlen im März bildet, tritt neben Staatspräsident Sarkozy auch der ehemalige Premierminister Großbritanniens, Tony Blair, auf. In seiner Rede lobt er den „energisches“ Stil Sarkozys. Bei vielen Anhängern von Blairs Arbeiterpartei stößt das Engagement des ehemaligen Premierministers für die UMP auf Unverständnis. Auf dem Parteitag bestimmen die Delegierten die Spitzenkandidaten für die Kommunalwahllisten der UMP. Darunter finden sich viele Kandidaten, die nicht der Partei angehören. Die Delegierten folgen damit der von Staatspräsident Sarkozy propagierten „Strategie der Öffnung“.

13.1. Zum Auftakt seines ersten Staatsbesuchs in den Golfstaaten trifft Staatspräsident Sarkozy in Saudi-Arabien ein. Im Gespräch mit König Abdullah geht es vor allem um eine Dynamisierung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Frankreichs Marktanteile in Saudi-Arabien waren in der vergangenen Zeit deutlich zurückgegangen. Eine neue „Strategische Partnerschaft“ zwischen den beiden Ländern soll vor allem die Bereiche Verteidigung, Energie und Bildung umfassen. In einer Rede betont Sarkozy außerdem die Bedeutung einer „Politik der Zivilisation“ für die Entwicklung der Region sowie die einflussreiche Rolle der großen Religionen mit ihren gemeinsamen Werten. Im Anschluss an den Besuch setzt Sarkozy seine Reise in Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten fort.

14.1. Die Bank *Crédit agricole* verkauft für 1,2 Milliarden Euro ihren Anteil von 2,07 % am Energiekonzern Suez. Die Bank will damit ihr Nettoergebnis 2008 um 500 Millionen Euro steigern. Der Ausstieg von *Crédit agricole* erfolgt, bevor die Fusion zwischen *Suez* und *Gaz de France* vollzogen wird.

15.1. Im Rahmen seiner Reise in den Golfstaaten unterzeichnet Staatspräsident Sarkozy in Abu Dhabi ein Abkommen zur Installation eines französischen Militärstützpunkts in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Durch die Stationierung von 400 bis 500 Soldaten aller Waffengattungen soll der Einfluss Frankreichs in der Region, vor allem gegenüber dem Iran, gesichert werden. Durch die Meerenge von Ormus, wo der Stützpunkt bis 2009 entstehen soll, werden außerdem circa 40 % der weltweiten Ölproduktion transportiert.

Es handelt sich um die erste Neuinstallation einer französischen Militärbasis im Ausland seit 50 Jahren. Darüber hinaus vereinbart Sarkozy mit Staatsoberhaupt Scheich Chalifa bin Sajed al Nahjan die Aufnahme von Verhandlungen zur Lieferung eines Atomreaktors durch *Total*, *Suez* und *Areva*.

16.1. Die Nationalversammlung nimmt mit 304 Ja-Stimmen gegenüber 77 Nein-Stimmen und 100 Enthaltungen die Änderungen der Verfassung an, die für eine Ratifizierung des EU-Reformvertrags notwendig sind. Wenn auch der Senat Ende Januar den Änderungen zustimmt, kann der Reformvertrag durch eine Zustimmung beider Kammern ratifiziert werden.

16.1. Im Zusammenhang mit dem Unglück des Öltankers *Erika* im Jahr 1999 werden dem Energiekonzern Total, dem italienischen Schiffsregister Rina, der Reederei des Tankers sowie dem Chef der Eigenerfirma durch das *Tribunal correctionnel* von Paris Schadensersatzzahlungen von insgesamt 192 Millionen Euro auferlegt. Bei der größten Ölkatastrophe der französischen Geschichte waren durch den Ölteppich 75 000 Vögel gestorben und 400 Kilometer Küste verschmutzt worden. Die Richter beschuldigen Total und Rina, aus Kostengründen Reparaturarbeiten am Tanker nur unvollständig durchgeführt zu haben.

17.1. Im Alter von 64 Jahren stirbt der populäre Schlagersänger Carlos an einer Krebserkrankung. Der Sohn der bekannten Psychoanalytikerin Françoise Dolto war während mehrerer Jahrzehnte einer der wichtigsten Vertreter der französischen Unterhaltungsmusik.

20.1. Zum ersten Mal seit den Parlamentswahlen 2007 kommen bei einem Parteitag des PS aus Anlass des Kommunalwahlkampfs alle Führungspersonlichkeiten der Partei zusammen, darunter Ségolène Royal, François Hollande, Laurent Fabius und überraschend auch der Direktor des Internationalen Währungsfonds Dominique Strauss-Kahn. Sie signalisieren damit Einigkeit in ihrer Kritik an der Regierung Sarkozy und ein mögliches Ende der internen Streitigkeiten des PS.

22.1. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte rügt Frankreich offiziell wegen einer „diskriminierenden“ richterlichen Entscheidung, die einer homosexuellen Frau die Adoption eines Kindes verboten

hatte. Unter Berufung auf Artikel 14 der Europäischen Konvention zum Schutz vor Diskriminierung wird der Staat zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von 10 000 Euro verpflichtet. Die Entscheidung stößt bei mehreren Familienverbänden auf Kritik.

22.1. Im Rahmen des Deutsch-Französischen Tages reist Europaminister Jean-Pierre Jouyet, zugleich Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit, nach Berlin. Er trifft im Auswärtigen Amt mit seinem Amtskollegen Günter Glosler zu einer Diskussion mit Schülern zusammen. Der Deutsch-Französische Tag war 2003 ins Leben gerufen worden, um vor allem Schülern durch unterschiedliche Aktionen und Schnupperpraktika in Unternehmen die historische und aktuelle Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen zu vermitteln.

23.1. Die *Commission pour la libération de la croissance française* unter Leitung von Jacques Attali legt einen Bericht mit 316 Vorschlägen zur „Befreiung des Wachstums“ vor, darunter eine Erhöhung der Zuwanderungsquote von qualifizierten Arbeitskräften, eine Abschaffung des obligatorischen Rentenalters, eine Reform der Gewerkschaften sowie die schrittweise Abschaffung der Départements. Staatspräsident Sarkozy kündigt eine Prüfung der Vorschläge an, lehnt eine Abschaffung der Départements jedoch umgehend ab.

25.1. Im Rahmen eines zweitägigen Staatsbesuchs in Indien trifft Staatspräsident Sarkozy mit dem indischen Premierminister Manmohan Singh zusammen. Thema ist unter anderem ein bilaterales Abkommen im Bereich der zivilen Atomforschung und -nutzung, das in Kraft treten soll, sobald der weltweite Nuklearboykott gegen Indien beendet ist. Dieser gilt seit den indischen Atomtests 1998. Für eine Aufhebung des Boykotts muss Indien, das den Atomwaffensperrvertrag nicht ratifiziert hat, ein Kontrollabkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde unterzeichnen. Die USA haben bereits eine künftige Zusammenarbeit mit Indien im Bereich der zivilen Nutzung der Atomkraft vereinbart.

26.1. Bei einem Besuch in Ruanda gesteht Außenminister Bernard Kouchner „politische Fehler“ Frankreichs im Zusammenhang mit dem Völkermord im Jahr 1994 in Ruanda ein, lehnt jedoch eine „militärische Verantwortung“ ab. Bei dem Genozid waren nach UN-

Angaben bis zu 800 000 Menschen getötet worden. Seitdem sind die Beziehungen zwischen Ruanda und Frankreich angespannt. Die heutige Regierung Ruandas wirft Frankreich vor, die ehemalige Hutu-Regierung und ihre Milizen unterstützt zu haben, die später für den Völkermord an Vertretern der Tutsi-Minderheit verantwortlich gewesen waren. Kouchner äußert ebenso wie der Präsident Ruandas, Paul Kagame, seinen Willen, das Verhältnis zwischen den Ländern zu verbessern.

29.1. Der Historiker und Romanautor Max Gallo wird zum Mitglied der *Académie française* ernannt. Er nimmt den Platz des 2006 verstorbenen Schriftstellers und Philosophen Jean-François Revel unter den 40 auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern der Académie ein.

29.1. Auf einem Kongress der Regierungspartei UMP in Paris zum Thema „Europa“ tritt Bundeskanzlerin Angela Merkel auf und sichert Staatspräsident Sarkozy die Unterstützung Deutschlands für seine Pläne einer Mittelmeerunion zu. Die französischen Pläne waren zu Beginn von der deutschen Regierung wiederholt kritisiert worden. Merkel warnt allerdings erneut vor einer Spaltung der Europäischen Union und betont, die geplante Mittelmeerunion müsse eine „gesamteuropäische Aufgabe“ sein. Zugleich begrüßt Merkel die Entscheidung Sarkozys, den EU-Reformvertrag im Parlament ratifizieren zu lassen, ohne ein Referendum durchzuführen.

Februar

2.2. Staatspräsident Sarkozy und die Italienerin Carla Bruni heiraten in kleinem Kreis im Elysée-Palast. Für Nicolas Sarkozy, der im Oktober 2007 von seiner Ehefrau Cécilia geschieden worden war, handelt es sich um die dritte Ehe.

3.2. Die französische Armee beginnt im Tschad mit der Evakuierung von mehreren hundert ausländischen Staatsangehörigen. Sie handelt dabei nach der EU-Regelung des „konsularischen Schutzes“, durch die allen EU-Bürgern durch andere Mitgliedstaaten in einer Krisensituation in Drittländern Schutz geboten werden soll. In der Hauptstadt des Tschad N'Djamena kämpfen seit Tagen Regierungstruppen und Rebellen gegeneinander. Letztere fordern den Rücktritt des Präsi-

ten Idriss Déby. Die Regierung des Tschad wirft dem Sudan vor, die Rebellen zu unterstützen, um die geplante Stationierung einer UN-Friedenstruppe im Tschad zu verhindern, die in der sudanesischen Krisenregion Darfur zum Einsatz kommen soll. Nachdem der UN-Sicherheitsrat den Angriff der Rebellen verurteilt und seinen Mitgliedern ein militärisches Eingreifen zur Unterstützung der Regierung Déby zugestanden hatte, betont Staatspräsident Sarkozy, dass die französische Armee auch zu einem militärischen Einsatz bereit sei.

4.2. Eine Kommission über die Entwicklung des Lehrberufs unter Leitung von Marcel Pochard, Mitglied des *Conseil d'Etat*, legt nach viermonatiger Arbeit ein Grünbuch vor. Darin fordert sie eine Verbesserung der Bezahlung und der Berufsperspektiven von Lehrern, die Einführung eines Bewertungssystems für Lehrkräfte, eine größere Autonomie der Schulen in der Gestaltung des Lehrprogramms sowie einer Flexibilisierung der Unterrichtszeit. Der ehemalige Premierminister und PS-Politiker Michel Rocard hatte im Januar seine Arbeit in der Kommission niedergelegt, um gegen eine nach seinen Worten „*nicht wahrheitsgemäße und manipulatorische Verwendung des Kommissionsberichts durch die Politik*“ zu protestieren.

6.2. Nach mehreren Tagen endet ein Streik der Taxifahrer, die durch Arbeitsniederlegungen gegen die im Bericht der Attali-Kommission vorgebrachten Forderungen nach Deregulierung und Abschaffung von Lizenzen in einzelnen Berufssparten protestiert hatten. Premierminister Fillon sichert den Taxifahrern zu, ihre Berufsgruppe von Reformen in Folge des Attali-Berichts auszunehmen. Zugleich sagt er eine Gehaltserhöhung von 3 bis 4 % zu.

8.2. Der Senat ratifiziert den EU-Reformvertrag von Lissabon. Nationalversammlung und Senat hatten im Vorfeld einer Änderung von Artikel 15 der Verfassung zugestimmt, die für das Inkrafttreten des Vertrags notwendig ist.

8.2. Im Elysée-Palast stellt Staatspräsident Sarkozy den Plan *Espoir Banlieue* zur Verbesserung der Lebenssituation in den Vorortbezirken der Großstädte vor. Die Vorschläge konzentrieren sich auf Verbesserungen in den Bereichen Jugendbeschäftigung, Erschließung der Vorortbezirke, Sicherheit, Gesundheit und Wohnungs-

wesen. Der Plan sieht außerdem vor, innerhalb von drei Jahren 4 000 zusätzliche Polizisten in den Vororten einzusetzen, sowie freiwillige Helfer der Polizei aus der Bevölkerung zu mobilisieren.

8.2. Im Rahmen eines Besuchs von Premierminister Fillon in Kasachstan wird die neue französische Botschaft in Antana eröffnet. Darüber hinaus unterzeichnen Fillon und Kasachstans Premierminister Karim Massimow eine Absichtserklärung über eine „Strategische Partnerschaft“ sowie verschiedene bilaterale Abkommen, unter anderem in den Bereichen Gütertransport, Datenschutz und Tourismus. Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS unterzeichnet Verträge über die Lieferung mehrere Airbus-Flugzeuge.

11.2. Im Wallfahrtsort Lourdes wird der 150. Jahrestag der „Wundererscheinung“ begangen. 1858 soll hier der jungen Bernadette Soubirous die Jungfrau Maria erschienen sein. Die Messe zur Feier des Jahrestages wird von 800 Pfarrern gestaltet. 60 000 Teilnehmer werden in der Pyrenäen-Stadt erwartet.

11.2. Auf den Pariser Flughäfen beginnt ein von der Gewerkschaft CGT organisierter Streik der Fluglotsen, um gegen die Zusammenlegung der Flugraumkontrolle im Großraum Paris zu protestieren, die für das Jahr 2017 geplant ist. Auf dem Flughafen Orly wird jeder zweite Flug gestrichen, auf dem Flughafen Roissy-Charles de Gaulle kommt es zu erheblichen Verspätungen. Der Streik soll bis zum 16. Februar dauern.

11.2. Beim ersten Besuch seiner Amtszeit in den französischen Übersee-Départements besichtigt Staatspräsident Sarkozy in Französisch-Guayana den Weltraumbahnhof der ESA *Centre Spatial Guyanais*, der mit 1350 Angestellten wichtigster Arbeitgeber des Département ist. Beim Besuch der Stadt Camopi an der Grenze zu Brasilien spricht sich Sarkozy insbesondere für einen aktiven Schutz des Regenwalds Amazoniens als einem wichtigen Natur- und Rohstoffreservat aus. In den folgenden Tagen seiner Reise wird Sarkozy unter anderem mit dem brasilianischen Präsidenten Lula Da Silva zusammentreffen.

12.2. Der 21-jährige Sohn von Staatspräsident Sarkozy, Jean Sarkozy, der ursprünglich das Amt des Bürgermeisters im Pariser Vorort Neuilly angestrebt hatte, ver-

zichtet auf eine Kandidatur. Ihm wird vorgeworfen, den Rückzug des Bürgermeisterkandidaten für Neuilly und Sprechers des Elysée-Palast, David Martinon, mit verursacht zu haben. Jean Sarkozy hatte Martinon wegen schlechter Umfragewerte seine Unterstützung entzogen und gemeinsam mit zwei weiteren ehemaligen Unterstützern Martinons eine eigene Wahlliste aufgestellt. Neuer Kandidat der UMP in Neuilly, wo Staatspräsident Sarkozy 19 Jahre lang Bürgermeister war, wird der Unternehmer Jean-Christophe Fromantin.

13.2. Der Chanson-Sänger und Komponist Henri Salvador, 1917 in Französisch-Guayana geboren, stirbt in Paris. Er gilt als Begründer des französischen Rock 'n' Roll und Miterfinder des brasilianischen Bossanova. Im Alter von 90 Jahren hatte er im Dezember 2007 in Paris sein Abschiedskonzert gegeben.

13.2. Premierminister Fillon kündigt einen Katalog von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr an. Dazu zählt ein Verkaufsverbot für alkoholische Getränke an Tankstellen, die Installation von elektronischen Alkoholtestern in Fahrschulautos sowie privaten PKWs nach erstmaliger Verwarnung des Fahrers wegen Alkohol am Steuer sowie die Installation von 500 neuen Radaranlagen zur Geschwindigkeitskontrolle.

13.2. Im Rahmen eines Empfangs des Rats der jüdischen Institutionen in Frankreich CRIF schlägt Staatspräsident Sarkozy vor, dass künftig jeder Schüler der fünften Klasse eine „Patenschaft“ für ein jüdisches, im Zweiten Weltkrieg deportiertes Kind übernehmen soll, um sich mit dessen Schicksal auseinanderzusetzen. So sollen Kinder bereits früh für die Thematik des Holocaust sensibilisiert werden. Der Vorschlag wird von Lehrerverbänden kritisiert, die eine zu starke Einmischung des Staatspräsidenten in die Lehrplangestaltung ablehnen. Auch Psychologen äußern sich kritisch und befürchten eine Traumatisierung der Kinder. Sarkozy zieht seinen Vorschlag später zurück.

17.2. Mit dem Erscheinen von zwei Dekreten im *Journal officiel* wird die Reform der *Carte judiciaire* offiziell festgeschrieben. Der *Conseil d'Etat* hatte der Reform zuvor zugestimmt, durch die bis 2011 über 300 Justizinstitutionen geschlossen werden sollen. Eine genaue Liste der betroffenen Institutionen wird ebenfalls

heute veröffentlicht. Bereits 2008 sollen zudem die ersten der angekündigten Untersuchungspole für eine erhöhte Effizienz in Strafverfahren entstehen, die sich aus zwei, ab 2010 aus drei Untersuchungsrichtern zusammensetzen. Rechtsanwaltsverbände äußern deutliche Kritik an der Reform.

18.2. Frankreich erkennt offiziell die Autonomie des Kosovo an. Nach der Autonomieerklärung der ehemaligen serbischen Provinz am 17. Februar geben die meisten EU-Mitgliedstaaten ihre Anerkennung des Kosovo als eigenständigen Staat bekannt.

18.2. Der Schriftsteller Alain Robbe-Grillet stirbt im Alter von 85 Jahren. Er gilt als der „Vater des nouveau roman“, einer experimentellen Literaturform der 1950er–70er Jahre. Im Jahr 2004 zum Mitglied der *Académie française* gewählt, hatte er sich bis zu seinem Tod geweigert, die zur Amtseinführung übliche Uniform zu tragen und an keiner Versammlung der *Académie* teilgenommen.

18.2. Bei einer Großrazzia im Pariser Vorort Villiers-le-Bel, an der mehrere hundert Polizisten beteiligt sind, werden 35 Personen festgenommen. Sie sollen an den gewalttätigen Ausschreitungen im November 2007 beteiligt gewesen sein, bei denen mehrere Polizisten verletzt und zahlreiche Gebäude in Brand gesteckt worden waren. Auslöser der Straßenkrawalle war der Tod zweier Jugendlicher bei einem Zusammenstoß ihres Motorrollers mit einem Polizeifahrzeug gewesen.

19.2. Der UMP-Politiker Philippe Douste-Blazy wird zum stellvertretenden UN-Generalsekretär ernannt und mit dem Finanzreformressort betraut. Er ist Mitbegründer der Organisation Unitaid, die sich für einen erleichterten Zugang der Entwicklungsländer zu Medikamenten einsetzt. Douste-Blazy war von 2005 bis 2007 Außenminister im Kabinett de Villepin gewesen.

19.2. Premierminister Fillon stellt vor dem Europäischen Parlament die Ziele der französischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008 vor. Er nennt dabei insbesondere die Aushandlung eines Abkommens in der Klimapolitik, die Sicherung der Energieversorgung, ein europäisches Abkommen zur Einwanderungspolitik sowie eine Initiative zur Erhöhung der Transparenz auf den Finanzmärkten.

20.2. Bildungsminister Xavier Darcos stellt eine Reform des Grundschullehrplans vor. Im Zentrum soll künftig eine Grundbildung im Lesen, Rechnen und Schreiben, vor allem in Grammatik stehen. Die Stundenzahlen dieser Fächer im Lehrplan werden deutlich erhöht. Ebenso soll verstärkt Wert auf Umgangsformen gelegt werden. Ab dem Beginn des Schuljahres 2008 / 2009 wird außerdem der Samstagunterricht abgeschafft.

21.2. Staatspräsident Sarkozy sagt überraschend das für den 3. März geplante deutsch-französische Blaenheimtreffen mit Bundeskanzlerin Merkel ab. Als Grund werden Terminprobleme angegeben. Die Absage des seit 2001 regelmäßig stattfindenden Treffens wird von der deutschen und französischen Presse intensiv diskutiert. Hintergrund ist der Konflikt zwischen beiden Regierungen über Sarkozys Projekt einer Mittelmeerunion.

21.2. Der *Conseil constitutionnel* erkennt grundsätzlich den Gesetzentwurf für eine lebenslängliche Sicherheitsverwahrung von Schwerverbrechern an. Das Inkrafttreten des Gesetzes wird jedoch deutlich eingeschränkt, beispielsweise indem eine rückwirkende Anwendung auf bereits verurteilte Täter weitgehend ausgeschlossen wird. Justizvertreter hatten, ebenso wie die sozialistische Opposition, die Vereinbarkeit des Gesetzes mit der Menschenrechtskonvention infrage gestellt. Um das Inkrafttreten des Gesetzes nach dem ursprünglichen Entwurf doch noch zu ermöglichen, kündigt Staatspräsident Sarkozy die Anrufung des Obersten Gerichtshofs an.

23.2. Staatspräsident Sarkozy eröffnet in Paris die 45. Landwirtschaftsmesse und kündigt an, im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft eine Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union einzuleiten. Bei einer Rede auf der internationalen Tierzuchtmesse in Rennes im September 2007 hatte er sich bereits für eine größere Unabhängigkeit der europäischen Landwirtschaft von Subventionen ausgesprochen. Außerdem betont er, die Interessen der französischen und europäischen Landwirtschaft im Rahmen der Gespräche der Welthandelsorganisation mit Nachdruck verteidigen zu wollen.

25.2. Angesichts sinkender Umfragewerte für Nicolas Sarkozy und einer drohenden Niederlage der UMP bei den Kommunalwahlen Anfang März, die auf dieses Stimmungstief zurückgeführt werden könnte, zeigen führende UMP-Vertreter demonstrative Einigkeit und Unterstützung für den Staatspräsidenten. Auch interne Kritiker wie Jean-Pierre Raffarin rufen zu einem „*Block um den Präsidenten*“ auf.

26.2. Europaminister Jouyet kündigt wichtige Veränderungen im französischen Projekt zu einer „*Mittelmeerunion*“ an, die nun „*Union für das Mittelmeer*“ heißen soll. In Folge von anhaltenden Protesten der europäischen Nichtanrainerststaaten, insbesondere gegen die Nutzung von EU-Fonds für das Projekt, kündigt Jouyet an, alle interessierten EU-Mitgliedstaaten in das Projekt einbinden zu wollen und bei der Finanzierung keine Regelung der EU zu verletzen. Ziel sei vornehmlich, sich auf „*drei bis fünf*“ konkrete Projekte zu beschränken. Auch die Gründung mehrerer eigener Institutionen und einer eigenständigen Bank der Union scheint nicht mehr angestrebt zu werden.

27.2. Staatspräsident Sarkozy trifft zu einem Staatsbesuch im Tschad ein. Auf der Tagesordnung bei Gesprächen mit seinem Amtskollegen Idriss Déby steht eine mögliche Begnadigung der Mitarbeiter der französischen Kinderhilfsorganisation *L'Arche de Zoé*, die im Tschad wegen Kindesentführung zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt und dann nach Frankreich ausgeliefert worden waren. Auch die Stationierung von Eufor-Truppen im Tschad unter französischer Führung zum Schutz von Flüchtlingen aus der Krisenregion Darfur ist Gegenstand der Gespräche.

28.2. Staatspräsident Sarkozy setzt seinen Afrika-Besuch in der Republik Südafrika fort. Er kündigt eine Verringerung des französischen Militäraufgebots und eine Neuverhandlung militärischer Abkommen an. Damit folgt er Ankündigungen, nach denen Frankreich seine Rolle in Afrika neu definieren will. In diesem Rahmen soll auch die Zukunft mehrerer französischer Militärbasen in Afrika überdacht werden. Außerdem kündigt Sarkozy ein Finanzprogramm in Höhe von über zwei Milliarden Euro zur Unterstützung der südafrikanischen Wirtschaft an und spricht sich für einen ständigen Sitz Südafrikas im UN-Sicherheitsrat aus.